

Antrag auf Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis für ausländische Unionsbürger und Unionsbürgerinnen, die von der Meldepflicht befreit sind siehe Hinweis 1
für den Ratsbürgerentscheid „Olympiabewerbung“ in der Stadt Essen am 19. April 2026

Letzter Abgabetermin: 03. April 2026!

Stadt Essen
Wahlamt
Kopstadtplatz10
45111 Essen

siehe Hinweis 2

Bitte in Druckschrift ausfüllen!

Familienname – ggf. auch Geburtsname -, Vornamen

.....

Geburtsdatum

Geburtsort Staat

Ich besitze folgenden gültigen Identitätsausweis siehe Hinweis 3

Art des Ausweises Ausweisnummer

ausgestellt am von (ausstellende Behörde)

zuletzt verlängert am von (ausstellende Behörde)

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt **versichere ich an Eides statt:**

1. Ich besitze die Staatsangehörigkeit des folgenden Mitgliedsstaates der Europäischen Union siehe Hinweis 4

2. Ich werde am Abstimmungstag eine Wohnung, bei mehreren Wohnungen in Deutschland die Hauptwohnung innehaben in siehe Hinweis 5

(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Mir ist bekannt, dass sich nach § 107b des Strafgesetzbuches strafbar macht, wer durch falsche Angaben die Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis erwirkt, und dass sich nach § 107a des Strafgesetzbuches strafbar macht, wer unbefugt abstimmt oder dies versucht. Ich werde deshalb diesen Antrag unverzüglich zurücknehmen und an der Abstimmung nicht teilnehmen, wenn ich am Abstimmungstag

- nicht mehr Staatsangehörige/r eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union sein sollte,
- nicht mehr in der oben angegebenen Gemeinde mit einziger Wohnung bzw. Hauptwohnung wohnen sollte. siehe Hinweis 6

Ort, Datum

Unterschrift der antragstellenden Person siehe Hinweis 7

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falsch abgegebenen Versicherung an Eides statt **versichere ich an Eides statt**, dass ich den Antrag als Hilfsperson entsprechend den Angaben der antragstellenden Person ausgefüllt habe und die darin gemachten Angaben nach meiner Kenntnis der Wahrheit entsprechen. siehe Hinweis 8

Ort, Datum

Vor- und Familienname sowie Anschrift der Hilfsperson (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Wohnort)

Unterschrift

Für amtliche Vermerke

Eingegangen am	In das Abstimmungsverzeichnis eingetragenen AVZ-Nr.	Abstimmungsbenachrichtigung/- unterlagen versandt am
-------------------	--	---

☐ Antrag abgelehnt (s. Anlage) - Ablehnung versandt am

Hinweise

zum Antrag auf Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis und zu der Versicherung an Eides statt für Unionsbürger und Unionsbürgerinnen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten

1 Antrag auf Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis

An der Abstimmung kann nur teilnehmen, wer in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.

Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die bei ihrer Meldebehörde am 42. Tag vor der Abstimmung (**08.03.2026**) für eine Wohnung, bei mehreren Wohnungen für die Hauptwohnung **gemeldet** sind, werden bei Vorliegen der abstimmungsrechtlichen Voraussetzungen **von Amts wegen** in das Abstimmungsverzeichnis **eingetragen**. Von Amts wegen in das Abstimmungsverzeichnis werden auch die nach dem Stichtag bis zum 16. Tag vor der Abstimmung (**03.04.2026**) zugezogenen und bei der Meldebehörde gemeldeten Abstimmungsberechtigten eingetragen. Sie erhalten von ihrer Wohnortgemeinde eine Abstimmungsbenachrichtigung sowie die Abstimmungsunterlagen und können ohne Erfüllung weiterer Formalitäten an der Abstimmung teilnehmen.

Unionsbürger/innen **aus anderen EU-Mitgliedsstaaten**, die wegen **Befreiung von der Meldepflicht** nicht bei der Meldebehörde gemeldet sind, werden **nur auf Antrag in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen**.

Dafür ist Voraussetzung, dass sie gemäß §§ 7 und 8 des Kommunalwahlgesetzes am Abstimmungstag

- **das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben,**
- **in der Gemeinde eine Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung, innehaben,**
- **in der Bundesrepublik Deutschland nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.**

Der Antrag ist unter Angabe des Familiennamens, des Vornamens, des Geburtsdatums und des Geburtsorts schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde zu stellen. Im Rahmen des Antrags ist eine **Versicherung an Eides statt** abzugeben, dass der/die Antragsteller/in in der Gemeinde am Abstimmungstag seit mindestens dem 16. Tag vor der Abstimmung in der Abstimmungsgemeinde ununterbrochen eine Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung, innehaben wird (vgl. § 12 Abs. 8 KWahlO). Ferner muss der Antrag Angaben über den gültigen Identitätsausweis und eine Versicherung an Eides statt über die Staatsangehörigkeit enthalten. Die Gemeinde kann die Vorlage eines gültigen Identitätsausweises verlangen.

Der **Antrag** muss **spätestens am 03.04.2026** (16. Tag vor dem Abstimmungstag) bei der Gemeinde eingehen.

Einem später eingehenden Antrag kann nicht mehr entsprochen werden.

Antragsvordrucke werden von der Gemeinde bereitgehalten.

2 Zuständige Gemeinde, an die der Antrag zu richten ist, ist die Gemeinde, in der der/die ausländische Unionsbürger/in seine/ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen in Deutschland seine/ihre Hauptwohnung innehat.

3 Die Angaben sind nur für ein Dokument erforderlich.

4 Außer der Bundesrepublik Deutschland sind Mitgliedsstaaten der Europäischen Union: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

5 Die Gemeinde kann einen Nachweis über die Wohnung und den Zeitpunkt des Innehabens der Wohnung verlangen.

6 Wenn eine der Voraussetzungen für das Abstimmungsrecht wegfällt, ist der Antrag zurückzuziehen.

7 Mit ihrer Unterschrift versichert die antragstellende Person die Richtigkeit ihrer Angaben.

8 Kann eine abstimmungsberechtigte Person infolge einer Behinderung die Eintragung in das Abstimmungsverzeichnis nicht selbst beantragen, darf sie sich der Hilfe einer Person ihres Vertrauens bedienen. Diese hat unter Angabe ihrer Personalien an Eides statt zu versichern, dass sie den Antrag entsprechend den Angaben der antragstellenden Person gestellt hat und die darin gemachten Angaben nach ihrer Kenntnis der Wahrheit entsprechen.